



24 SEITEN-
BEILAGE:
80 JAHRE
WESER-KURIER



Deutschland-Ticket:
63 Euro von Januar an

Das Deutschland-Ticket bleibt, wird aber teurer. Ab Januar 2026 soll es nicht mehr 58, sondern 63 Euro kosten. Darauf einigten sich die Verkehrsminister der Länder bei

einer Sonderkonferenz in München. Zu Jahresbeginn war der Preis des Tickets, das es seit Mai 2023 gibt, von 49 Euro auf 58 gestiegen. Der Preis des Tickets soll von 2027 an

nach einem festen Mechanismus gebildet werden. Dafür soll ein Kostenindex gebildet werden, der sich unter anderem an Lohn- und Energiekosten orientiert. Nach Bran-

chenangaben wird das Deutschland-Ticket aktuell von rund 14 Millionen Menschen genutzt.

TEXT: DPA/KNA/FOTO: DPA
Bericht Seite 13

Drohanrufer erbeuten Vermögen

Wie eine Rentnerin aus dem Landkreis Verden mit einer neuen Betrugsmasche um 150.000 Euro gebracht wurde

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Landkreis Verden. Seit Jahren warnen Polizei, Verbraucherzentrale und Medien vor sogenannten Schockanrufen. Deshalb scheinen die Täter nun auf eine neue Art ihrer Betrugsmasche zu setzen, mit der sie eine ältere Dame im Landkreis Verden um 150.000 Euro gebracht haben. Ihr Sohn berichtete dem WESER-KURIER, wie die Masche abgelaufen ist: „Irgendwann erhielt meine Mutter einen Anruf, in dem ihr Leben bedroht wurde.“

Einige Tage später habe sie erneut einen Anruf erhalten, in dem sie gefragt wurde, ob es jemanden aus ihrem Umfeld gebe, der es auf sie abgesehen haben könnte. Als die Rentnerin einen Namen nannte, hieß es laut ihrem Sohn gleich am anderen Ende: „Oh ja, kein Wunder, dabei handelt es sich um einen Clan mit 3000 Mitgliedern, der schon so einige Bereiche unterwandert hat.“ Doch der Anrufer stellte Hilfe in Aussicht und behauptete, er sei Teil einer privaten Organisation, die entsprechend Schutz geben könnte – gegen Geld.

Also habe die ältere Dame begonnen, vier-

stellte Geldbeträge von ihrem Konto abzuheben, die sie kurz danach jemandem überreichte. Ihr Sohn sagt: „Erst waren es nur Beträge am Geldautomaten, aber dann testeten die Täter wohl aus, was da noch mehr geht.“ Als Kundin der Bremischen Volksbank Weser-Wümmen habe sie am Automaten an einem Tag fünfmal 1000 Euro abgehoben. Bei Beträgen oberhalb davon sei sie direkt in der Filiale bei Mitarbeitern vorstellig geworden.

Opfer hob mehrfach 20.000 Euro ab

So wurden aus vierstelligen Beträgen schnell fünfstelligen Beträge, wie aus einer Auflistung hervorgeht, die der Sohn dem WESER-KURIER vorgelegt hat. Viermal hob sie demnach 20.000 Euro ab, einmal 25.000 Euro. Dabei wechselte sie immer wieder die Filialen und hob auch an der Volksbank-Zentrale an der Domsheide Geld ab. Am Ende waren 136.000 Euro weg und damit auch der Dispokredit des Kontos bis zum letzten Cent ausgereizt – plus gut 14.000 anderes Bargeld. Die ältere Dame handelte immer in dem Glauben: „Es ist ja zur Sicherheit der Familie.“

Das alles spielte sich im Zeitraum vom 23. Juli bis zum 11. September ab. Aber warum

wurde keiner der Beschäftigten in den Volksbank-Filialen stutzig? Als die Dame Ende Juli zum ersten Mal in der Filiale vorstellig wurde, sollen die Mitarbeiter sie gefragt haben, warum sie denn in so kurzer Zeit so viel Geld abhebe. „Da sagte sie, dass das Geld für ihre neue Prothese sei und als Geschenk für ihre Kinder“, beschreibt es Volksbank-Sprecher Carsten Wiemann. „Sie habe gesagt, dass alles seine Ordnung hätte.“

Wiemann sagt gleichzeitig, dass dieser Fall der Volksbank unendlich leidtue: „Wir haben zu diesem Thema unsere Mitarbeiter geschult.“ Dass es nun so gekommen sei, bedauert Wiemann sehr. In einer Woche im August hatte die Dame innerhalb von drei Tagen in derselben Filiale zweimal 20.000 Euro abgehoben. Auch da wurde in der Filiale niemand misstrauisch. „Ich kann nicht sagen, ob an den zwei Tagen unterschiedliche Mitarbeiter in der Filiale waren“, sagt Wiemann.

Da der Sohn eine Vollmacht für das Konto besitze, habe man versucht, ihn zu erreichen. „Uns lag aber zuerst die aktuelle Telefonnummer nicht vor“, sagt der Sprecher. Die habe man dann irgendwann über Google gefunden. Schließlich habe die Mutter dem

Sohn erzählt, was sie zu den Abhebungen veranlasst hatte. Am 11. September erstattete Mutter und Sohn Anzeige bei der Polizei Achim. Die Kripo im Landkreis Verden ermittelt. Sprecher Helge Cassens sagt: „Diese Masche des Schockanrufs haben wir so noch nicht erlebt.“

Volksbank kann Kundin nicht helfen

Laut dem Sohn sei seine Mutter nervlich sehr angeschlagen – deshalb möchten sie auch nicht mit Namen in der Zeitung erscheinen, aber zumindest andere Menschen vor dieser Masche warnen. Wird die geschädigte Rentnerin denn von der Bremischen Volksbank Geld zurückerhalten? Sprecher Wiemann sagt: „Wir bitten um Verständnis, dass wir da in diesem Fall der Kundin nicht entgegenkommen können.“ Man sei mit dem Sohn im Gespräch. Der prüft nun, inwiefern er juristisch gegen das Geldinstitut vorgehen kann.

Bei der Polizei Schleiden in der Eifel lief vor einigen Monaten irrtümlicherweise ein solcher Anruf ein. Den stellten die Beamten ins Internet, um die Menschen zu warnen – ganz nebenbei wurde der mutmaßliche Täter als wohl dümmster Betrüger bloßgestellt.

Bonus für
Facharzttermine
vom Hausarzt?

Berlin. Für einen gezielteren Zugang zu Terminen bei Fachärzten sind aus Sicht von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken auch finanzielle Impulse zu erwägen. Es stelle sich sicherlich die Frage: „Wie ist es dann, wenn ich trotzdem direkt zum Facharzt möchte – muss ich das dann vielleicht mit einer Gebühr bezahlen?“, sagte die CDU-Politikerin im ZDF-„Morgenmagazin“. „Oder wenn ich das wirklich mache, zuerst zum Hausarzt gehe und dann zum Facharzt, bekomme ich dann eine Art Bonus?“ Darüber werde man sprechen. Union und SPD wollen laut Koalitionsvertrag ein verbindliches System einführen, bei dem Patienten primär in eine Hausarztpraxis gehen, die sie bei Bedarf – mit einem Termin in einem bestimmten Zeitraum – an Fachärzte überweist. Dies soll eine „Termingarantie“ darstellen. Klappt es mit dem Termin in diesem Zeitkorridor nicht in einer Praxis, soll man sich daher auch von einem Facharzt in einem Krankenhaus behandeln lassen können.

Warken sagte, ein solches System könne nicht von heute auf morgen eingeführt werden. „Wir müssen erst schauen, dass die Strukturen da sind, weil der Hausarzt soll ja auch nicht zum Flaschenhals werden. Die Leute sollen nicht abgehalten werden, zum Arzt zu gehen.“ Im Blick stehe dabei auch eine weitere Digitalisierung, zudem sollten Apotheken eine größere Rolle spielen. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz warnte, noch fehlten flächendeckend Hausärzte, Apotheken mit medizinischen Angeboten und eine funktionierende Digitalisierung. Es müssten zunächst Missstände behoben werden, bevor eine Erst-Hausarzt-Pflicht eingeführt werden könne, sagte Vorstand Eugen Brysch.

Hausärzte für Umstellung

Der Hausärztinnen- und Hausärzterverband unterstützte die Koalitionspläne. „Das Rad muss nicht neu erfunden werden“, sagte die Co-Vorsitzende Nicola Buhlinger-Göpparth mit Blick auf bestehende Hausarztprogramme mit Krankenkassen. Gerade ältere, chronisch kranke Menschen könnten von diesem Modell profitieren.

DPA

ÜBRIGENS ...

... haben Menschen, die eine gute Anbindung an die Bahnstrecken zwischen Hannover und Magdeburg benötigen, derzeit eine seltene Gelegenheit: einfach einen angrenzenden Bahnhof kaufen. Denn der Haltepunkt in Königsutter sollte zwar versteigert werden, es fand sich aber kein Bieter, es könnte zur Nachauktion kommen. Der Bahnhof ist laut Auktionshaus voll vermietet: ein Gastrobetrieb, ein Atelier, zwei Gewerbeeinheiten, die von der Bahn genutzt werden. Außerdem gibt es – höchst attraktiv für Pendler – sechs Wohnungen. Einzige Haken: Käufer müssten mit dem Denkmalschutz klarkommen. Und das Einstiegsgebot aufbringen können: 575.000 Euro.

WK

Bundestag schafft
Sondervermögen

Berlin. Der Bundestag hat am Donnerstag den Bundeshaushalt für 2025 beschlossen und darüber hinaus das schon seit Monaten geplante Sondervermögen über 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaschutz geschaffen.

Daraus sollen über eine Laufzeit von zwölf Jahren zusätzliche Investitionen gestemmt werden – vor allem um Brücken und Bahnstrecken zu sanieren, die Energieinfrastruktur auszubauen und die Digitalisierung voranzutreiben. Außerdem sollen Gelder in Krankenhäuser, Forschung und Entwicklung, Sportanlagen, Bauprojekte und die Bildung fließen.

Von den schuldenfinanzierten 500 Milliarden Euro gehen 100 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds – das ist ein Sondertopf des Bundes für Projekte im Klimaschutz. 100 Milliarden aus dem Sondervermögen gehen an die Länder. Zur Umsetzung des Länderanteils ist ein eigenes Gesetz geplant.

Mitte März hatte noch der alte Bundestag mit Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz geändert und damit den Weg für ein historisches Milliarden-Finanzpaket für Verteidigung und Infrastruktur beschlossen. DPA

Bericht Seite 4

Länder sorgen sich um Autobahn-Finanzlücke

Verkehrsminister der Länder nehmen Bundesregierung in die Pflicht

Berlin/München. Verzögern sich Neu- und Ausbauprojekte bei Autobahnen und Bundesstraßen wegen Finanzproblemen des Bundes? Das Bundesverkehrsministerium sieht Milliardenlücken in den kommenden Jahren. Die Länder sind besorgt: Sie befürchten womöglich sogar Stillstand bei Fernstraßen, Schienenwegen und Wasserstraßen. Bei einer Konferenz in München forderten die Länder-Verkehrsminister die Bundesregierung auf, eine auskömmliche Finanzierung für Ausbau, Erhalt und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur des Bundes sicherzustellen.

Eine Sprecherin von Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) sagte, das Defizit des Ressorts für Bundesfernstraßen liege für den Zeitraum 2026 bis 2029 bei rund 15 Milliarden Euro. Staatssekretär Stefan Schnorr betonte nach der Verkehrsministerkonferenz, es gehe darum, dass geplante Baumaßnahmen nicht gestartet oder Aufträge nicht vergeben werden können – es gehe aber nicht um einen Baustopp.

Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) sieht die Verantwortung dafür nicht bei sich, sondern bei Verkehrsminister

Schnieder. Die schwarz-rote Bundesregierung nehme so viele Milliarden in die Hand wie nie zuvor, betonte der Vizekanzler. Für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werde es in dieser Legislaturperiode 166 Milliarden Euro geben. „Damit hat der Verkehrsminister jetzt wirklich die Chance, richtig zu klotzen und das Land zu verändern“, sagte Klingbeil.

In keinen Bereich investiert die Bundes-



Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder am Donnerstag in Berlin. FOTO: IMAGO

regierung mehr als in den Verkehr. Die Verantwortung, wie das Geld ausgegeben werde, trage nun aber Schnieder selbst, sagte Klingbeil. Er müsse jetzt dafür sorgen, dass das Geld schnell fließe. „Die 166 Milliarden in dieser Legislatur zu verbauen, das ist wirklich eine Herkulesaufgabe.“ Zuletzt hatte es oft das Problem gegeben, dass bewilligte Mittel gar nicht vollständig ausgegeben werden konnten.

Tonne fordert Klarheit

Verschiedene Politiker aus den Ländern kritisierten den Bund. „Der Bundesverkehrsminister sollte schleunigst für Klarheit in seiner Planung sorgen“, sagte etwa Niedersachsens Verkehrsminister Grant Hendrik Tonne (SPD). Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) forderte eine Investitionsoffensive für den Verkehr. Ansonsten drohe Deutschland in den kommenden Jahren ein Verkehrskollaps.

Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) sagte, wenn es nach langwierigen Verfahren endlich Baurecht gebe und auch vor Ort Einigkeit herrsche, sei es schlicht nicht vermittelbar, plötzlich auf die Bremse zu treten.

DPA

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
25°	13°	40%

Nach lokalem Regen sonnig, warm
Ausführliches Wetter Seite 6

Fernsehen	23
Lesermeinung	24
Rätsel & Roman	17
Tipps & Termine	10
Kinderzeitung extra	24
Veranstaltungsanzeigen	11

H 7166 • 28189 BREMEN

